

Systembedingte Inflation — inflationsbedingte Rezession?

Ordnungspolitische Betrachtungen und Thesen

Von Harald Braeutigam, Wiesbaden

I. Systembedingte Inflation

In seinem Jahresgutachten 1966/67 hält es der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung „nach wie vor für verfehlt, die Ursachen der schleichenden Geldentwertung in Teilbereichen der Volkswirtschaft oder bei einzelnen Gruppen zu suchen ... Bei hinreichend langfristiger Betrachtung, wie sie dem Problem der schleichenden Inflation angemessen ist, kann kaum mehr jemand sagen, durch welches Tun oder Unterlassen die Spirale des Geldwertschwundes in Gang gesetzt wurde und wer am meisten dazu beiträgt, daß sie in Gang bleibt. Die landläufigen Vorstellungen über die Ursachen der Inflation versagen, wenn sich die Gesellschaft daran gewöhnt hat, daß das Preisniveau um drei Prozent im Jahre steigt¹.“

In den beiden folgenden Ziffern dieses seines Gutachtens² erwähnt der Sachverständigenrat alle im Laufe der wirtschaftspolitischen Diskussion der letzten Jahre vorgebrachten Ansichten über die Ursachen der schleichenden Geldentwertung — daß die Höhe des Preisniveaus durch die Höhe des Geld- und Kreditvolumens bestimmt sei und die Zentralbank mithin die ungeteilte Verantwortung für den Geldwert trage; daß wir im Unterschied zu früheren Zeiten keinen Goldstandard sondern einen Lohnstandard hätten; daß die Inflation vom Ausland „importiert“ werde; daß sie durch die Zunahme der öffentlichen Ausgaben verursacht sei; daß dafür die Arbeitszeitverkürzung und eine dadurch bedingte Übernachfrage am Arbeitsmarkt verantwortlich sei; daß unmittelbare Auswirkungen auf das Preisniveau von der staatlichen Agrarpreispolitik, den Tarifierpassungen bei Bahn und Post, der Mietenpolitik und der Erhöhung anderer administrierte Preise ausgingen; — und hält alle diese Erklärungsversuche für einseitig und daher unzulänglich.

Man wird diese Ansicht des Sachverständigenrats verstehen und gutheißen können, wenn man bedenkt, daß es seine im Gesetz festgelegte

¹ *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1966/67 (Expansion und Stabilität). Stuttgart und Mainz 1966 S. 115, Ziff. 203.*

² *Sachverständigenrat: a.a.O., Ziff. 204 u. 205.*

Aufgabe ist, die gesamtwirtschaftliche konjunkturelle Entwicklung im Rahmen des als gegeben anzusehenden Wirtschaftssystems zu analysieren. Anders sehen die Dinge hingegen aus, wenn man sie — wie das im folgenden geschehen soll — vorwiegend unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten betrachtet und die Frage aufwirft, ob unsere überkommene und praktizierte, in der Bundesrepublik als „Soziale Marktwirtschaft“ etikettierte Ordnung überhaupt soweit intakt ist, daß sie auch ohne das Rauschgift der Inflation noch funktionsfähig ist. Eine solche Analyse zeigt dann, daß es nicht einzelne Gruppen oder Instanzen sind, die man für die schleichende Geldentwertung verantwortlich machen muß, sondern daß diese aus bestimmten, mittlerweile zu Tabus gewordenen Leitideen und Institutionen zwangsläufig folgt, mit anderen Worten, daß wir um bestimmte ordnungspolitische Reformen nicht herumkommen, wenn wir das Problem der schleichenden Inflation noch rechtzeitig meistern wollen. Das würde bedeuten, daß der Sachverständigenrat gar nicht in der Lage ist, den Kern des Problems anzugehen, weil die ihm im Gesetz zugestandenen Kompetenzen viel zu eng sind, und daß zur Vorbereitung der erforderlichen ordnungspolitischen Reformen erst ein Gremium mit viel weiter reichenden Kompetenzen geschaffen werden müßte.

Es ist nämlich die bei uns — und übrigens nicht nur bei uns, sondern in allen Staaten mit marktwirtschaftlicher Ordnung — praktizierte und institutionell verankerte Methode der Nominallohnsteigerungen entsprechend dem technischen Produktivitätsfortschritt, die die schleichende Geldentwertung zwangsläufig nach sich zieht und die Inflation zu einem Problem für die gesamte westliche Welt macht. So haben die Sachverständigen zwar gleich in ihrem ersten Gutachten ihre Hand in die offene Wunde unserer praktizierten Wirtschaftsordnung gelegt, — aber daraus keine weiteren Konsequenzen ziehen können, sondern sich mit diesem Hinweis begnügen müssen. Dort heißt es nämlich: „Die Tatsache, daß Nominallöhne heute praktisch kaum noch gesenkt werden können, hat zur Folge, daß der Mechanismus der Lohnrelationen nur bei mehr oder weniger stark steigendem Niveau der Nominallöhne arbeiten kann. Ein noch kräftigerer Anstieg des Lohnniveaus ergibt sich, wenn Branchen mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten mangels wirksamer Konkurrenz die Preise nicht senken, sondern statt dessen die Löhne im vollen Ausmaß ihrer Produktivitätssteigerung erhöhen, ohne daß dies vom Arbeitskräftebedarf her erforderlich wäre, und wenn die institutionellen und soziologischen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt dahin wirken, daß die Löhne in den anderen Branchen in kurzer Zeit nachziehen³.“

³ *Sachverständigenrat*: Jahresgutachten 1964/65 (Stabiles Geld — stetiges Wachstum). Stuttgart und Mainz 1965, S. 136, Ziff. 247.

Dieses „Nachziehen“ der Löhne in den Branchen mit geringeren technischen Produktivitätsfortschritten, diese berüchtigte Lohn-Lohn-Spirale ist weitgehend naturnotwendig, weil sich sonst zu starke Disparitäten in der Einkommensentwicklung, zu große soziale Ungerechtigkeiten in Form von ungleicher Entlohnung für die gleiche Leistung herausbilden würden und damit ein untragbarer sozialpolitischer Sprengstoff angehäuft würde. Als Folge dieser Lohn-Lohn-Spirale gehen daher in zahlreichen Branchen die Lohnerhöhungen über die Grenzen des rentabilitätsmäßig Tragbaren hinaus und erfordern entweder Preiserhöhungen (die aber nur durchsetzbar sind, wenn die Marktlage das zuläßt) und/oder eine Hilfeleistung des Staates⁴. Die Beseitigung eingetretener bzw. die Vermeidung sich anbahnender disparitätischer Einkommensentwicklungen durch Preiserhöhungen oder staatliche Hilfeleistung ist aber keineswegs nur innerhalb des industriellen Sektors erforderlich. Von noch größerer volkswirtschaftlicher Tragweite wird dieses Problem in Bezug auf die Disparitäten der Einkommensentwicklung zwischen dem industriellen Sektor einerseits und allen anderen Sektoren andererseits. Bisher ist diesem Problem nur in Bezug auf die Landwirtschaft genügend Beachtung geschenkt worden. So hat ein Gremium von Agrarexperten⁵ zu berechnen versucht, welcher Rationalisierungseffekt im Laufe der nächsten Jahre in der deutschen Landwirtschaft erzielt werden müßte, wenn die „Einkommenserwartungen“ der in der Landwirtschaft Tätigen ohne weitere Erhöhung der Agrarpreise auch nur einigermaßen erfüllt werden sollen — wobei aber das Gremium auf eine Quantifizierung des dafür erforderlichen staatlichen Finanzaufwands vermutlich schon deswegen verzichtet hat, weil im Vergleich zu diesem Aufwand alle staatlichen Hilfeleistungen auf Grund des sog. „Grünen Plans“ sich nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein ausnehmen würden.

Eine sehr ähnliche Problematik zeichnet sich immer deutlicher auf dem Verkehrssektor ab (vor allem bei Bundesbahn und Bundespost), ohne daß hier eine quantifizierende Vorausschau der auf den Staatshaushalt zukommenden Aufwendungen versucht worden ist. Aber damit nicht genug: Auf dem gesamten Bereich der Dienstleistungen im weitesten Sinne des Wortes — angefangen von den Bediensteten der öffentlichen Hand in allen Sparten ihrer Tätigkeit (Verwaltung, Unterricht und Bildung, Gesundheitswesen, Rechtspflege usw.) bis zu den Ärzten und Hausbesitzern — sowie auf dem Bereich der übertragenen Einkommen (Sozialrenten und Kriegsopferversorgung) werden Korrekturen der disparitätischen Einkommensentwicklung erforderlich, die entweder Preiserhöhungen (z. B. Mieten, Arzthonorare, Krankenkas-

⁴ Ein aktuelles Beispiel ist der deutsche Kohlenbergbau.

⁵ Vgl. Roderich Plate, Emil Woermann, Dieter Grupe: Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft, Agrarwirtschaft, Sonderheft 14, 1962.

senbeiträge) und/oder neue finanzielle Aufwendungen des Staates mit Sicherheit nach sich ziehen, und zwar nicht nur einmal, sondern permanent.

Diese Korrekturen der primären Einkommensverteilung auf Grund des Marktgeschehens durch eine sekundäre, dirigistisch-obrigkeitliche Einkommensverteilung hinken nicht nur zeitlich hinterher und bleiben nicht nur unzureichend, sondern sind auf die Dauer gesehen auch ein aussichtsloser Versuch, weil die technischen Produktivitätsfortschritte im gewerblichen Sektor immer wieder denen in den anderen Sektoren vorauslaufen und weil diese zweite Einkommensverteilung ihrerseits wieder dazu beiträgt, das Tempo von Inflation und Geldentwertung durch neue Nominalloohnerhöhungen im gewerblichen Sektor zu beschleunigen.

Es zeigt sich, daß bei einer inflationistischen Wirtschaftspolitik und der damit einhergehenden Methode der Nominallohnsteigerungen die Angehörigen des gewerblichen Sektors in Bezug auf die volkswirtschaftliche Einkommensverteilung zunächst die Hauptgewinner sind, daß früher oder später aber den Einkommensbeziehern dieses Bereichs ein Teil ihres Einkommenszuwachses durch Preiserhöhungen oder erhöhte Steuern wieder abgenommen werden muß — wenn die ohnehin schon stark verschobene volkswirtschaftliche Einkommensstruktur nicht völlig durcheinander gebracht werden soll. Die Ausschöpfung industrieller Produktivitätsfortschritte durch nominelle Lohnerhöhungen macht eine von Jahr zu Jahr an Umfang und Bedeutung zunehmende „zweite Einkommensverteilung“ allein schon zur Beseitigung der entstandenen bzw. zur Vermeidung sich anbahnender Disparitäten in der Einkommensentwicklung notwendig. Gegenüber dieser sozusagen rein „ökonomisch“ bedingten zweiten Einkommensverteilung muß sogar die Problematik der „sozialen“ zweiten Einkommensverteilung (zwischen „Kapital“ und „Arbeit“, „Reichen“ und „Armen“, oder wie man es sonst nennen will) zurücktreten.

Es gibt offene und verdeckte Subventionierung. Sieht man in dem hier gegebenen Zusammenhang von einer formal-juristischen Definition ab und behält man nur die wirtschaftlichen Folgewirkungen im Auge, so könnte man zu der letztgenannten auch die Inflation rechnen, und dann erweist diese sich als die großzügigste und wirksamste Spielart verdeckter Subventionierung. Denn von ihr hat weitaus am meisten der gewerbliche Sektor profitiert, und zwar sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmer. Werden die technischen Produktivitätsfortschritte im industriellen Sektor weitgehend durch nominelle Lohnerhöhungen ausgeschöpft und die Gewinnraten durch Umsatzsteigerung oder auch nur leichte Preissteigerung erhöht, so streichen die industriellen Arbeitnehmer einen großen Teil des volkswirtschaftlichen Produktivitäts-

fortschritts, der nach den — inflatorisch unverfälschten — Gesetzen der Marktwirtschaft der Allgemeinheit in Form von Preissenkungen zugute kommen müßte, für sich ein. Die Unternehmer des gewerblichen Sektors sind damit durchaus einverstanden, ja sie überbieten häufig sogar die gewerkschaftlichen Forderungen durch übertarifliche Lohnzahlungen, weil sie als Hauptnutznießer der „Inflationssubvention“ trotzdem durchaus auf ihre Kosten kommen und ihre Einkommen und Vermögen auch ohne hervorragende Unternehmerleistung beträchtlich erhöhen können. Aber selbst wenn es der staatlichen Wirtschaftsführung zunächst gelingt oder gelungen wäre, das industrielle Preisniveau einigermaßen zu stabilisieren, setzt sich früher oder später die List die inflationistischen Idee auf dem Umwege über eingetretene oder sich anbahnende disparitätische Einkommensentwicklungen zwischen dem gewerblichen und den anderen Wirtschaftsbereichen doch durch und fordert dem Staat immer größer werdende Summen für Einkommensübertragungen und (diesmal gezielte) Subventionierungen ab. Es grenzt aber an pharisäerhaften Hochmut, wenn die jeweiligen Hauptnutznießer der „verdeckten Subventionierung“ durch die Inflation sich über die offenen Subventionen für die zurückgebliebenen Bereiche empören. Und die Abweisung der Forderungen von Seiten z. B. der Landwirte und der Beamten nach Angleichung ihrer Einkommen an die industrielle Einkommensentwicklung lediglich mit dem Hinweis auf die leeren Kassen ist — vom Gesichtspunkt der wirtschaftspolitischen Konzeption aus betrachtet — kein Argument.

Da die technischen Produktivitätsfortschritte in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich sind, führt die sich an ihnen orientierende Politik der ständigen Nominallohnsteigerungen zu dem Dilemma zwischen sozialer Ungerechtigkeit im Sinne einer Zerstörung gerechter und volkswirtschaftlich richtiger Lohnrelationen einerseits oder dem unausweichlichen Zwang zu Preiserhöhungen bzw. staatlicher Subventionierung andererseits. Hierbei ist noch besonders darauf hinzuweisen, daß die Angleichung der Löhne und Gehälter in den produktivitätsmäßig benachteiligten Bereichen a) nicht nach den Gesetzmäßigkeiten des Marktes, sondern nach denen der wirtschaftlichen und politischen Machtverteilung erfolgt und b) daß diese Angleichung nicht nur mit beträchtlichem zeitlichem Abstand, sondern vielfach auch dann noch unzureichend von statten geht. Was die Machtverteilung anbelangt, so sind vor allem diejenigen Gruppen benachteiligt, die — wie etwa Beamte — nicht streiken dürfen oder bei denen — wie etwa bei Ärzten und Krankenpflegern — das Berufsethos das Streikrecht ausschließt oder nach der öffentlichen Meinung ausschließen sollte, oder die, wie die Landwirte, über kein dem Streikrecht analoges Druckmittel verfügen, um ihren Forderungen Gehör zu

verschaffen. Und für die Unzulänglichkeit der Lohn- und Gehaltsan-
gleichungen in den produktivitätsmäßig benachteiligten Bereichen
spricht die Tatsache, daß bei dieser Politik die öffentliche Hand sich
zusehens selbst „entmannt“, daß sie ihre besten Arbeitskräfte verliert
und an die gewerbliche Wirtschaft abwandern lassen muß: daher der
chronische Mangel an Nachwuchskräften bei Lehrern, Richtern, Kran-
kenhaus- und Büropersonal und nicht zuletzt an tüchtigen Finanz-
beamten, die lieber Finanzberater bei der Industrie werden.

Aber selbst in den Bereichen, die starke technische Produktivitäts-
fortschritte zu verzeichnen haben, ist die Ausschöpfung derselben
durch Nominallohnerhöhungen ohne Rentabilitätseinbußen der Unter-
nehmen an eine wichtige Voraussetzung geknüpft — eine Vorausset-
zung, die man im „Inflationsrausch“⁶ vergessen oder ignoriert hat.

Die Ausschöpfung technischer Produktivitätsfortschritte durch Lohn-
erhöhungen beeinträchtigt nämlich die Rentabilitätslage der Unterneh-
men nur dann nicht, wenn die Produktpreise und/oder die Absatz-
mengen nicht zurückgehen. Diese Voraussetzung ist aber allgemein nur
in einer Periode ständiger Kreditexpansion gegeben, d. h. dann, wenn
die Geldversorgung der Volkswirtschaft so reichlich bemessen ist, daß
die dadurch bewirkte Übernachfrage die Preissenkungstendenzen in
den in ihrer Wettbewerbsposition geschwächten Produktionszweigen
neutralisiert und in anderen Bereichen Preissteigerungen in Kauf ge-
nommen werden müssen. Technische Produktivitätsfortschritte werden
häufig aber gerade auch in Branchen erzielt, bei denen die Produkt-
preise und/oder die Absatzmengen eine sinkende Tendenz aufweisen,
und zwar einfach deswegen, weil dann gewöhnlich die Produktion auf
die technisch ergiebigsten Anlagen beschränkt wird. Aber Umsatz- bzw.
Preisrückgänge haben dann die Rentabilität der Unternehmen so be-
einträchtigt, daß für Lohnerhöhungen kein Spielraum mehr übrig
bleibt. Die Gewerkschaften — die übrigens die Theorie von Lohn-
erhöhungen entsprechend den technischen Produktivitätsfortschritten
stets abgelehnt haben — wissen das ganz genau und verzichten in
solchen Fällen auf Lohnforderungen, um den Arbeitnehmern nach Mög-
lichkeit ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Mit anderen Worten: Die Ren-
tabilitätslage der einzelnen Betriebe bzw. Produktionszweige wird von
der Preis- bzw. Absatzseite her nicht nur durch die wirksame Geld-
menge, sondern nicht zuletzt auch durch die — im Verlaufe des wirt-
schaftlichen Fortschritts ständig sich ändernden — Verschiebungen
ihrer Wettbewerbspositionen im Kampf um die Nachfragequoten der

⁶ Dazu gehört auch der Glaube an eine stetig expandierende Wirtschaft oder das
Vertrauen in die Wirtschaftspolitik, die es gelernt hätte, den Konjunkturverlauf fest
in den Griff zu bekommen, und die Meinung, daß sich heute kein Staat eine wirt-
schaftliche Krise oder echte Depression leisten könne.

Verbraucher bestimmt. Selbst wenn in einem bestimmten Produktionszweig die Nominallohnsteigerungen unter dem durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und auch unter dem Produktivitätsfortschritt dieser Branche liegen, werden sie die Rentabilitätslage zusätzlich beeinträchtigen, wenn sich die Wettbewerbsposition dieser Branche geschwächt hat. Umgekehrt brauchen auch Branchen mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten nicht zu Preissenkungen gezwungen zu sein, wenn sich ihre Wettbewerbsposition gefestigt hat.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: In einer Periode inflationistisch angeheizter Hochkonjunktur sind Nominallohnsteigerungen entsprechend den erzielten technischen Produktivitätsfortschritten die wesentlichste und unausweichliche Ursache des Geldwertschwundes, und in einer Periode rückläufiger Konjunktur ist dieser Maßstab überhaupt nicht anwendbar.

II. Inflationsbedingte Rezession

Wirtschaftliches Wachstum kann in zwei Spielarten auftreten, als extensives und intensives Wachstum. In der Wirklichkeit treten beide meistens gleichzeitig auf; man kann sie daher quantitativ nicht so ohne weiteres voneinander trennen, wie es in der gedanklichen Abstraktion möglich ist. Ein extensives Wachstum liegt vor, wenn die Zahl der an der Erstellung des Sozialproduktes Beteiligten zunimmt — sei es infolge des natürlichen Bevölkerungswachstums, sei es durch Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Auslande oder auch nur durch eine Erhöhung der einheimischen Erwerbsquote. Ein intensives Wachstum hingegen vollzieht sich dann, wenn bei gleichbleibender Zahl der Erwerbstätigen die volkswirtschaftliche Produktivität, der Ausstoß von Gütern und Dienstleistungen ansteigt — sei es infolge von technischen und organisatorischen Fortschritten, sei es auch nur durch eine Kapitalanreicherung, durch eine bessere Versorgung der Volkswirtschaft mit Realkapital. Dieser letztgenannte Prozeß vollzieht sich aber in aller Regel in der Weise, daß wirtschaftlich überalterte, d. h. bei den gegebenen Preis-Kosten-Relationen nicht mehr konkurrenzfähige Kapitalanlagen — sei es in Form ganzer Unternehmen oder Betriebe, sei es in Form bestimmter Teile derselben — aus dem Wettbewerbsprozeß ausscheiden und abgeschrieben werden müssen, um den neugeschaffenen, leistungsfähigeren Anlagen Platz zu machen.

Es ist eine der wichtigsten Folgen eines inflationistisch künstlich geförderten extensiven Wachstums, daß es den bei gleichzeitigem intensivem Wachstum sich anbahnenden Ausmerzungsprozeß überalterter Unternehmen, Betriebe oder Betriebsteile erheblich verlangsamt. Denn

mit dem Zustrom immer neuer Erwerbstätiger nimmt auch die nachfragewirksame Einkommensbildung zu, und um die Nachfragequoten dieser durch eine expansive Geld- und Kreditpolitik geförderten expandierenden Einkommen brauchen sich die Produzenten in ihrem Angebotswettbewerb viel weniger ernsthaft durch eine entsprechende Preisgestaltung zu balgen als bei einer relativ konstanten, nur langsam und parallel mit dem Bevölkerungswachstum ansteigenden Erwerbstätigenzahl. In einer solchen ständig expandierenden Volkswirtschaft scheinen zunächst, wenigstens innerhalb des industriellen Sektors, alle Probleme gelöst und die Unternehmer aller Sorgen um den Absatz ihrer Erzeugnisse enthoben. Zunächst zeigt sich, daß die Realkapitalbildung, die Schaffung neuer Arbeitsplätze neben der unverminderten Zahl alter Arbeitsplätze schneller wächst als das auch unter Zuhilfenahme ausländischer Arbeitskräfte erreichbare Arbeitskräftepotential, und so entsteht zunächst ein Engpaß am Arbeitsmarkt, ein Mangel an Arbeitskräften. Aber früher oder später drückt das Angebot der neuen und immer wieder neuen Produktionskapazitäten auf den Markt und führt in den davon zunächst betroffenen Teilbereichen zu partiellem Überangebot und zu Absatzstockungen, während gleichzeitig der inflationistisch angefachte Produktions- und Investitionsboom in den sog. Wachstumsindustrien andauert. In dieser Zeit ist das Konjunkturbild gekennzeichnet durch Branchenkrisen bei Vollbeschäftigung. An sich müßte jetzt in den von den Absatzstockungen betroffenen Branchen ein verschärfter Preiswettbewerb eintreten. Aber in einer inflationistisch verwöhnten und mit marktbeherrschenden Unternehmen durchsetzten Volkswirtschaft unterbleibt diese Preisreaktion weitgehend, und es erfolgt nur eine Mengenreaktion, eine Einschränkung der Produktion. Und sogar diese wird gelegentlich durch eine konservierende staatliche Subventionspolitik zu verhindern versucht. Aber im Laufe der Jahre erreichen immer mehr Branchen den Zustand der Marktsättigung, und die Gefahr einer immer weiter um sich greifenden Absatzstockung erhöht sich und droht infolge der schrumpfenden Einkommensbildung zu einem *circulus vitiosus* zu werden.

Diesen Gedanken auf die BRD angewandt und ein wenig konkreter ausgedrückt, läßt sich sagen: Es wurde während der letzten zehn Jahre das intensive Wachstum zugunsten eines extensiven Wachstums durch eine expansive Geld- und Kreditpolitik grüßlich vernachlässigt. Nach der Eingliederung von rd. drei Millionen Flüchtlingen aus den Ostgebieten haben wir noch mehr als eine Million Gastarbeiter ins Land gezogen. Wir haben durch eine inflationistische Währungspolitik unseren industriellen Produktionsapparat ständig erweitert und überdimensioniert und haben mit der Inkaufnahme einer schleichenden Geldentwertung einen preissenkenden Wettbewerb verhindert und da-

mit die Eliminierung überalterter Produktionsanlagen gar zu lange hinausgeschoben.

Begünstigt wurde diese Verzögerungstaktik durch die Tatsache, daß fast die ganze übrige Welt die gleiche inflationistische Politik betrieb und wir an den längst überholten Wechselkursparitäten festhielten. Aber diese Verzögerungstaktik bei der Eliminierung nicht mehr konkurrenzfähiger Produktionsanlagen rächt sich eines Tages: Die Eliminierung dieser Anlagen, die sich sonst auf viele Jahre mehr oder weniger gleichmäßig verteilt hätte, wird eines Tages zu einer lawinenartigen Naturnotwendigkeit, und alle Versuche, sie durch neue Kreditinjektionen zu verhindern, vergrößern nur noch das Übel der Versäumnisse. Denn in einer solchen Situation — das hat die jüngste Erfahrung gelehrt — erzielen Kreditinjektionen des bisher üblichen Umfangs nicht mehr die gewünschte Wirkung, sondern muß die Inflationsdosis beträchtlich erhöht werden, und zwar unter Inkaufnahme der Gefahr, daß sich der Staat immer stärker kurzfristig verschuldet und dann eines späteren Tages die schleichende Inflation zu traben beginnt. Der von den ständig vergrößerten Produktionskapazitäten ausgehende Druck auf die Märkte erweist sich als um so stärker, je länger der vorhergehende, inflationistisch angefachte Investitionsboom angehalten hat. Es ist dann so, wie wenn die aufgestauten Wassermassen die Dämme durchbrechen und Verheerungen anrichten. Deshalb muß — um im Bilde zu bleiben — durch ein verzweigtes Kanalsystem dafür gesorgt werden, daß der Abfluß langsam aber stetig erfolgt und daß Stauungen vermieden werden. Hierauf wird weiter unten noch zurückzukommen sein. Die Währungspolitik sollte sich der zwar stetigen, aber doch immer nur allmählich wirksam werdenden Grundtendenz der Marktwirtschaft zum Sinken des allgemeinen Preisniveaus nicht widersetzen, sondern sie sollte diesen Prozeß sich auswirken lassen, ihn aber von sich aus auch nicht zu erzwingen versuchen. Die Währungspolitik darf also weder einen inflationistischen noch einen deflationistischen Kurs verfolgen, sondern muß sich neutral verhalten, d. h. sie muß den Geldumlauf so knapp halten, daß sich das intensive Wachstum infolge von technischem Fortschritt, Rationalisierung und Kapitalanreicherung in sinkenden Preisen niederschlägt.

Einer der Haupteinwände, die gegen eine Politik langsamer aber stetiger Preissenkungen erhoben werden, geht dahin, daß sich diese — wenn überhaupt — nur dort durchsetzen ließen, wo eine sog. vollkommene Konkurrenz bestehe, d. h. wo eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragern auf den verschiedenen Märkten einander gegenüberstehen — nicht dagegen auf all den Gebieten mit einer oligopolistischen Marktverfassung, d. h. dort, wo ein oder mehrere marktbeherrschende Unternehmen die Preise auch bei zunehmender Marktsätti-

gung hochhalten könnten und würden, so daß sich die ganze Politik der Preissenkung durch Förderung des Wettbewerbs vor allem auf dem Rücken der Klein- und Mittelbetriebe abspielen würde — soweit nicht auch diese durch die Preisbindung der zweiten Hand an einem marktkonformen Verhalten behindert würden. Man befürchtet also, daß eine Politik neutraler, weder inflationistischer noch deflationistischer Geldversorgung infolge des Widerstandes der marktbeherrschenden Unternehmen weniger zu Preissenkungen als vielmehr zu Produktionseinschränkungen, Arbeiterentlassungen und — last not least — zu einer Minderung der privaten Investitionstätigkeit führen würde.

Gewiß trifft der Verlust seines angestammten Arbeitsplatzes, der mit einer Eliminierung überalterter Betriebe oder Betriebsteile verbunden ist, den einzelnen stets recht hart, und insofern ist eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vollauf zu begrüßen. Auf die Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft bezogen, ist jedoch die Eliminierung überalterter Produktionsanlagen kein allzu tragisches Problem, wenn der einzelne nur vorübergehend arbeitslos wird und alsbald in einer anderen neuerstandenen oder neuerstehenden Produktionsstätte einen neuen Arbeitsplatz findet. Das aber hat zur Voraussetzung, daß die Investitionstätigkeit nicht erlahmt, sondern immer wieder neue Produktionsstätten errichtet werden. Und solange die Technik fortschreitet, werden sich immer wieder neue gewinnverheißende Investitionen gerade auch im industriellen Sektor anbieten. Dieselben Investitionen, die überalterte Anlagen zur Eliminierung zwingen, schaffen gleichzeitig auch neue Arbeitsplätze. Was aber die private Investitionslust anbelangt, so wird diese nicht allein durch die jeweils rebus sic stantibus gegebenen Gewinnchancen bestimmt, sondern — und darin liegt das große Aber — nicht zuletzt auch durch die Gewißheit, daß spätestens bis zum Eintritt einer für das betreffende Unternehmen entscheidenden Verschlechterung der Marktlage das investierte Kapital sich nicht nur angemessen verzinsen wird, sondern bis dahin auch amortisiert, regeneriert werden kann. In einer von ständigen technischen und organisatorischen Fortschritten angetriebenen, dynamisch sich fortentwickelnden industriellen Volkswirtschaft ist eine befriedigende Lösung des Problems einer fristgerechten Amortisation und Regeneration investierter Geldkapitalien die entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung und der privaten Investitionslust. Die völlige Ignorierung dieses Problems macht heutzutage nicht nur das Gedankenmodell eines Adam *Smith* sondern auch das seiner neoliberalen Epigonen unrealistisch und als nur wenig modifiziertes Leitbild nicht mehr brauchbar. Denn im Laufe vieler Jahrzehnte hat sich dieses Problem in der überkommenen Ordnung zu einem entscheidenden Strukturfehler her-

ausgebildet. Von den verschiedenen Ursachen, die dazu geführt haben, sei an dieser Stelle nur auf die vier wichtigsten hingewiesen:

1. Mit dem Fortschritt der Technik hat in der industriellen Produktion der Anteil der festen Kapitalanlagen am Gesamtkapital ständig zugenommen; dadurch haben sich die erforderlichen Amortisationsfristen ständig verlängert.

2. Mit der fortschreitenden Industrialisierung der ganzen Welt und mit den großen Fortschritten im Transport- und Nachrichtenwesen hat sich der Konkurrenzkampf — nicht zuletzt auch in Form der sog. heterogenen Konkurrenz — verschärft und viele Unternehmen, die früher eine quasimonopolistische Stellung einnahmen, in den immer unübersichtlicher werdenden Wettbewerb einbezogen.

3. Es liegt in der Natur einer vom technischen und organisatorischen Fortschritt angetriebenen, dynamisch sich fortentwickelnden Wirtschaft, daß „gelungene“ industrielle Neuinvestitionen im allgemeinen zunächst recht hohe Gewinne einbringen, die aber später — *ceteris paribus* — allmählich absinken und sogar ganz verschwinden können. Wie hoch die Rendite einer bestimmten industriellen Kapitalinvestition war, läßt sich daher — streng genommen — erst nachträglich, d. h. nach der vollständigen Regenerierung des investierten Geldkapitals feststellen. Die (z. T. progressive) Besteuerung der Unternehmensgewinne nimmt auf den fallenden Trend der Gewinne und auf den Durchschnittsgewinn während der Amortisationsperiode keine Rücksicht, sondern erfaßt jeweils den in den einzelnen Jahren ermittelten „Gewinn“. Das kann zur Folge haben, daß Teile der zur fristgerechten Regeneration des investierten Geldkapitals erforderlichen Beträge (Amortisationsquoten) als „Gewinn“ weggesteuert werden.

4. Und schließlich ist man erfreulicherweise allenthalben von der in früheren Zeiten häufig praktizierten Übung abgekommen, nicht mehr realisierbare Gewinne und Amortisationsquoten doch noch aus Lohnsenkungen herauszuschinden.

Gegenüber diesem in bezug auf seine wirtschaftspolitische Tragweite noch gar nicht genügend gewürdigten Problem der fristgerechten Regenerierung industriell investierten Geldkapitals hat man bisher vier verschiedene Verhaltensweisen gefordert bzw. praktiziert:

1. Diese Verluste müßten auch bei einem freien, preissenkenden Wettbewerb, d. h. bei einem Verbot jeglicher Wettbewerbsbeschränkung, die Investoren, die Unternehmer, allein tragen; das Korrelat zur Gewinnchance sei das Verlustrisiko! Dies ist die Antwort, mit der die Liberalen aller Schattierungen stets schnell zur Hand sind. Sie übersehen dabei, daß sie damit gerade das Gegenteil von dem erreichen würden, was ihnen als erstrebenswert vorschwebt, nämlich die völlige Lahmlegung der privaten Unternehmungslust und Investitions-

freudigkeit. Denn diese würde völlig zerstört, wenn die Verluste Dimensionen annähmen, die weit über das Schicksal der einzelnen Firma hinausgingen, ganze Branchen erfaßten und sich darüber hinaus nachteilig auf Banken und Börsen auswirkten.

2. Man kann andererseits den Versuch unternehmen, und man hat es getan, sich der vom technischen Fortschritt ausgehenden wirtschaftsdynamischen Expropriation durch Preisbindungen in Form von Kartellen, Syndikaten und Trusts zu entziehen, also den Wettbewerb möglichst auszuschalten; das führt aber, wie uns die Erfahrungen der Jahre 1929 bis 1932 mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt haben, nur zu Produktionseinschränkungen und Massenarbeitslosigkeit.

3. Man kann ferner diese Politik durch einen staatlich verordneten Lohn- und Preisstopp unterstützen und gleichzeitig die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungslage durch eine expansive Geld- und Kreditpolitik aufzufangen versuchen. Das aber führt, wie wir es ja gleichfalls miterlebt haben, zu einer „aufgestauten“ Inflation, an deren Ende dann eine sog. „Währungsreform“ mit all ihrem Elend steht.

4. Schließlich kann man, wie das jetzt geschieht, die Politik der schleichenden Inflation und Geldentwertung durch neue Kreditinjektionen fortsetzen, in der Hoffnung, daß sich im Zuge der davon erwarteten allgemeinen Wirtschaftsbelebung das Problem der Verluste des technischen Fortschritts von selbst lösen werde. Aber allein die sogar im Konjunkturaufschwung der letzten Jahre zutage getretene und bis heute ungelöst gebliebene Krise des deutschen Steinkohlenbergbaus sollte ein ausreichend warnendes Beispiel dafür sein, daß man volkswirtschaftliche Strukturprobleme nicht mit monetären Mitteln lösen kann.

Wie man die Dinge also auch drehen und wenden mag, die Verluste des technischen Fortschritts müssen letzten Endes immer wieder von der Allgemeinheit getragen werden, und es fragt sich nur, ob man diese Verluste in einer unorganischen, anarchischen, systemfremden und ungerechten Weise auf die Allgemeinheit abwälzen oder sie durch eine methodische, der marktwirtschaftlichen Ordnung systemkonforme staatliche Eliminierungsplanung in Verbindung mit einer „Sozialisierung der Verluste“ in gesetzlich geregelten Bahnen und im Rahmen einer steuerlichen Gerechtigkeit verteilen will. Dabei ist zu bedenken, daß keineswegs alle privatwirtschaftlichen Verluste auch volkswirtschaftliche Verluste sind. Denn die durch die Preissenkung bewirkten privatwirtschaftlichen Verluste kämen der Allgemeinheit in Form einer Kaufkraftsteigerung ihrer Nominaleinkommen zugute, und die an die Unternehmen zu zahlenden Entschädigungssummen wären keineswegs Geschenke für die Reichen, sondern dienten der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

III. Die zu beseitigenden Systemfehler

Die vor uns liegenden wirtschafts- und finanzpolitischen Aufgaben sind also weitaus größer, als man sich gemeinhin vorstellt. Denn es handelt sich, wie eingangs schon angedeutet, nicht darum, je nach der Augenblickssituation bestimmte konjunkturpolitische Maßnahmen zu treffen, sondern um nichts weniger als darum, gewisse *institutionell verankerte Systemfehler* der überkommenen und praktizierten Wirtschaftsordnung zu beseitigen, also um eine vorwiegend *ordnungspolitische Aufgabe*.

Im wesentlichen handelt es sich um sechs zu beseitigende Systemfehler, auf die aber im Rahmen dieses Aufsatzes nur in Thesenform hingewiesen werden kann⁷:

1. Der erste Systemfehler liegt im falschen Leitbild der *Währungspolitik*. Mit der Begründung, daß eine „antideflationistische“ Währungspolitik notwendig sei, wird versucht, die der marktwirtschaftlichen Ordnung bei intensivem Wachstum — d. h. bei technischem Fortschritt, Rationalisierung und Kapitalanreicherung — inhärente Tendenz zu einem langsamen, aber stetigen Sinken des allgemeinen Preisniveaus durch eine ständige Expansion des Geldumlaufs aufzuhalten, also das Preisniveau zu „stabilisieren“. Man versperrt sich den Weg zur Wahrheit und Klarheit, wenn man allein diese von der Güterseite, vom reichlicheren Güterangebot her ausgehende Tendenz zur Preissenkung gleich als „Deflation“ brandmarkt und das Gespenst der dreißiger Jahre an die Wand malt.

2. Der zweite Systemfehler betrifft die sog. *Autonomie der Sozialpartner* und die Methode der Nominallohnerhöhungen entsprechend den technischen Produktivitätsfortschritten.

Auf die Frage, in welcher Weise sich die Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität bei intensivem Wachstum in den Einzeleinkommen manifestieren sollte, scheint es auf den ersten Blick eine Alternativantwort zu geben, nämlich 1. entweder in sinkenden Preisen bei einem stabilen Einkommensniveau, also in einer Hebung der realen Kaufkraft der Einkommen, oder 2. in stabilen Preisen bei steigenden Nominalinkommen. Daß und aus welchen Gründen diese zweitgenannte Methode ohne inflatorischen Trend und Geldwertschwund nicht praktikierbar ist, wurde eingangs dargelegt. Sie ist aber die natürliche, zwangsläufige Folge einer auf „Stabilisierung“ des Preisniveaus abgestellten Währungspolitik. Wer also Inflation und Geldwertschwund wirklich ernsthaft und erfolgreich bekämpfen und ein langsames, aber unausweichliches Abrutschen unserer marktwirtschaftlichen Ordnung

⁷ Zur näheren Begründung vgl. Harald Braeutigam: Wettbewerbsordnung und Eliminierungsplanung. (Volkswirtschaftliche Schriften Nr. 74.) Berlin 1964.

in einen planwirtschaftlichen Dirigismus verhindern will, muß den Mut aufbringen, eine Schwenkung unserer Währungs- und Lohnpolitik um 180 Grad zu fordern: nicht stabiles Preisniveau bei steigenden Nominallöhnen und Gehältern, sondern stabiles Lohnniveau bei langsam, aber stetig sinkendem Preisniveau muß die Parole sein! Denn dies ist die einzige Möglichkeit, ein weiteres Fortschreiten der disparitätischen Einkommensentwicklungen zu verhindern und von dem aussichtslosen Versuch loszukommen, die mit der Methode der Nominallohnsteigerungen stets verbundenen Einkommensdisparitäten durch eine sog. zweite Einkommensverteilung auf die Dauer zu beheben.

3. *Besteuerung der Unternehmensgewinne* als dritter Systemfehler: Die Möglichkeit, weit über die technische Abnutzung der Anlagen hinausgehende Sonderabschreibungen im Hinblick auf die stets lauernde Gefahr der wirtschaftlichen Überalterung vorzunehmen, wird durch die Besteuerung der Unternehmensgewinne als solcher unabhängig von ihrer Verwendung zu konsumtiven oder reinvestiven Zwecken aufs schädlichste beeinträchtigt. Zu fordern ist, daß jegliche Besteuerung der Unternehmensgewinne als solcher aufgehoben wird und daß nur die zu konsumtiven Zwecken entnommenen Gewinne im Rahmen einer progressiven Einkommensteuer für natürliche Personen besteuert werden. Das ist die erste und wichtigste Voraussetzung dafür, daß die Unternehmen in die Lage versetzt werden, auch bei einer Neutralen, nicht inflatorischen Geldversorgung und ohne staatliche Subventionierung sich rechtzeitig der jeweiligen „Struktur von morgen“ anzupassen, d. h. trotz marktconformer Anpassung an die veränderten Wettbewerbspositionen durch Preissenkung auf Grund der rechtzeitigen Regeneration des in ihren alten Anlagen investierten Geldkapitals aus eigener Kraft entweder notwendig gewordene Rationalisierungsmaßnahmen einzuleiten oder dieses regenerierte Geldkapital in neuen Unternehmen zu reinvestieren. Dies wäre die erste und wichtigste Voraussetzung dafür, daß eine Währungs- und Lohnpolitik, die darauf aus ist, daß sich die Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität in sinkenden Preisen bei stabilen Nominaleinkommen manifestiert, überhaupt praktikabel wird.

Der durch die Beseitigung der Gewinnbesteuerung entstehende Steuerausfall müßte durch eine Erhöhung der Umsatz- (Mehrwert-) Steuersätze und durch eine verstärkte Progression der Steuersätze auf die zu konsumtiven Zwecken entnommenen Unternehmensgewinne ausgeglichen werden. Eine solche teilweise Verlagerung der Steuererträge von der direkten zur indirekten Besteuerung wäre keineswegs unsozial. Ganz im Gegenteil! Denn einerseits würde mit der Beseitigung einer inflatorisch verursachten Geldentwertung ein monetärer Einfluß auf die Einkommens- und Vermögensverteilung außer

Kraft gesetzt, der in seinen Wirkungen einer höchst ungerechten und unsozialen Art indirekter Besteuerung gleicht, und andererseits würde durch die Steuerbefreiung der Unternehmungsgewinne als solcher einem Argument der Boden entzogen, das sich immer wieder als durchschlagend gegenüber der Forderung nach stärkerer Besteuerung der ganz großen Einkommen erwiesen hat, nämlich dem Kapitalbildungsargument. Denn auf eine kurze Formel gebracht würde die Devise lauten: Reinvestiert — und zwar nicht nur im eigenen, sondern auch in fremden Unternehmen reinvestierte — Gewinne bleiben deshalb grundsätzlich steuerfrei, weil sie der Realkapitalbildung, der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen und damit sowohl den Unternehmern als auch den Arbeitnehmern die jeweilige Anpassung an die „Struktur von morgen“ erleichtern.

4. *Mißverstandene Wirtschaftsdemokratie* als vierter Systemfehler. Die Aufhebung der sog. Tarifautonomie der Sozialpartner, die als eines der wirtschaftsdemokratischen Grundrechte unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialordnung gilt, würde die Gewerkschaften ihrer z. Zt. wichtigsten Funktion berauben. Damit erhebt sich die Frage, auf welche Weise hierfür den Gewerkschaften ein sinnvoller Ersatz geboten werden könnte, oder besser gesagt, auf welche Weise die wertvollen Kräfte der Gewerkschaften in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise eingesetzt werden könnten.

Wir besitzen in der Bundesrepublik zwar ein juristisch perfektioniertes Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen aller Art, aber dieses Gesetz ist im Zuge der inflationistischen Entwicklung wirtschaftlich überhaupt noch nicht zum Tragen gekommen und muß seine Bewährungsprobe erst noch bestehen, wenn wir wieder zu gesunden Währungsverhältnissen zurückgefunden haben. Auf der anderen Seite wäre es nicht richtig, die Bildung größerer oder sogar großer Unternehmenszusammenfassungen nach dem Muster der amerikanischen Anti-Trust-Gesetzgebung grundsätzlich zu bekämpfen oder zu verbieten. Auf einigen wenigen, aber äußerst wichtigen Gebieten der industriellen Großproduktion scheint allein schon von der Produktions- und der Finanzierungstechnik her gesehen die Schaffung solcher Großgebilde das Gebot der Stunde zu sein, wenn die deutsche Industrieproduktion auf die Dauer der internationalen Konkurrenz gewachsen bleiben soll. Weitaus wichtiger und sinnvoller, als auf solchen Teilgebieten sich dem Zuge der Zeit durch Verbote und Behinderungen entgegenzustellen, wäre es m. E., dafür zu sorgen, daß sich diese Großgebilde stets marktgerecht verhalten. So könnte z. B. eine staatliche Genehmigung von Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen größeren Ausmaßes davon abhängig gemacht werden, daß vorher die Preise der Marktlage angepaßt worden sind. Hier wäre es angebracht, die Ver-

treter der Arbeitnehmerschaft einzuschalten und ihnen von Gesetzes wegen das Recht einzuräumen, sich insbesondere bei den marktbeherrschenden Unternehmen über alle Fragen, die mit deren marktgerechtem Verhalten zusammenhängen, informieren zu können, so daß die staatlichen Kontrollinstanzen hierüber nicht mehr einseitig von der Unternehmerseite unterrichtet werden. Wäre das nicht ein guter Ersatz für die verderbliche Tarifautonomie und könnte man dadurch nicht die in den Gewerkschaften vorhandenen wertvollen Energien aus ihrem — aus der gegenwärtigen Situation zwangsläufig sich ergebenden — Gruppenegoismus befreien und sie dem Dienste für die Allgemeinheit nutzbar machen?

5. Als fünfter Systemfehler ist schließlich der *Mangel einer subsidiären staatlichen Kapitalbildung* zugunsten eines zu errichtenden „Industriellen Lastenausgleichsfonds für die Verluste des wirtschaftlichen Fortschritts“ zu nennen.

Voraussetzung für die Einleitung einer Politik langsamer, aber stetiger Preissenkung wäre eigentlich, daß eine Steuerbefreiung der Unternehmensgewinne als solcher schon einige Jahre vorher praktiziert worden ist. Das gilt besonders für einige Industriezweige mit überdurchschnittlich hohem Fixkapitalanteil, wenn diese Branchen, wie z. B. der deutsche Steinkohlenbergbau, durch strukturelle Nachfrageverschiebungen ohnehin in Schwierigkeiten geraten sind. Bei solchen Branchen müßte der Staat den in der Vergangenheit begangenen Fehler dadurch gutmachen, daß er den Investoren gewissermaßen die eingezogenen Gewinnsteuern wieder zurückerstattet und es ihnen dadurch ermöglicht, sich den eingetretenen Veränderungen der Nachfragestruktur anzupassen, d. h. alte, nicht mehr lebensfähige Anlagen oder Betriebe stillzulegen, aus dem Wettbewerbsprozeß zu eliminieren und das regenerierte Geldkapital von neuem zu investieren. Im Rahmen einer auf langsame, aber stetige Senkung des allgemeinen Preisniveaus bei konstantem nominalem Einkommensniveau abgestellten Währungs- und Wirtschaftspolitik wäre es daher unumgänglich, daß der Staat eine konsequente Eliminierungsplanung betreibt, indem er aus Steuermitteln jährlich bestimmte Summen einem neuzuschaffenden „Industriellen Lastenausgleichsfonds für die Verluste des wirtschaftlichen Fortschritts“ zuweist, aus dem er Entschädigungszahlungen für die zu eliminierenden, aber noch nicht amortisierten Kapitalanlagen leistet.

6. Auf den sechsten und letzten Systemfehler unserer Wirtschaftsordnung, auf die falschen Wechselkurse, oder wie es die Sachverständigen nennen, auf die „*mangelnde Absicherung nach außen*“ braucht hier nur ganz kurz hingewiesen zu werden. Um sich vor der Möglichkeit einer importierten Inflation zu schützen, würde es m. E. nicht ge-

nügen, die Wechselkurse variabel zu halten, sondern eventuell auch nötig sein, der Bundesbank eine Art Monopol für Kreditaufnahmen im Auslande, etwa im Sinne einer Genehmigungspflicht für die privaten potentiellen Schuldner, zuzugestehen. Denn wir müssen damit rechnen, daß der inflationäre Trend in vielen Teilen der Welt noch weiterhin anhalten wird, und wenn wir in unserem Lande nicht nur eine Politik der Geldwertstabilität, sondern sogar eine solche der langsamen, aber stetigen Kaufkraftsteigerung des Geldes verfolgen würden, so müßten wir noch mehr als bisher mit einem unerwünschten Zustrom von Fluchtgeldern aus dem Auslande rechnen — einem Zustrom, der die ganze eigene Konzeption leicht zunichte machen könnte. —

Mit der Abkehr von der Methode der Nominallohnsteigerungen und der Förderung einer steten realen Kaufkraftsteigerung aller Einkommen durch langsame, aber stetige Preissenkungen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung wäre die Gefahr weiterer disparitätischer Einkommensentwicklungen, diese der bisher praktizierten Ordnung systemimmanente wichtigste Inflationsursache, ein für allemal gebannt. Die bereits bestehende Disparität der landwirtschaftlichen Einkommen könnte auch ohne Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse allmählich beseitigt werden, einerseits durch die Verbilligung aller industriellen Erzeugnisse, die die Landwirtschaft als Betriebsmittel benötigt, andererseits durch eine Intensivierung der auf diesem Sektor bereits betriebenen Eliminierungsplanung durch Aussonderung unrentabler Kleinstbetriebe und die Schaffung existenzfähiger Familienbetriebe. Vermutlich könnten dann erst auch einige spezielle landwirtschaftliche Subventionen abgebaut werden. So würde diese Politik für den Staatshaushalt — was zunächst den landwirtschaftlichen Sektor anbelangt — auf die Dauer nicht eine zusätzliche Belastung, sondern gerade eine Entlastung bedeuten, und zwar nicht nur im Vergleich zum gegenwärtigen Status, sondern noch viel mehr im Hinblick auf die unausweichliche künftige Entwicklung, wenn bei Fortsetzung der bisherigen inflationistischen Politik die Einkommen des gewerblichen Sektors davonlaufen würden und zur Milderung der landwirtschaftlichen Einkommensdisparität immer größere Subventionsbeträge aufgebracht werden müßten. Aber die Entlastung der öffentlichen Haushalte ginge noch viel weiter: erst eine konsequente staatliche Eliminierungsplanung mit Hilfe von jährlichen Zuwendungen — sagen wir in der Größenordnung von etwa 3 bis 5 Milliarden DM — an den „Industriellen Lastenausgleichsfonds für die Verluste des wirtschaftlichen Fortschritts“ würde es ermöglichen, den Subventionsaufwand der öffentlichen Hände, der 1966 eine Summe von 32 Milliarden DM erreichte, einschneidend abzubauen. Und das gleiche gilt für die ständig steigen-

den Personalkosten aller öffentlichen Hände. Wenn die Vergütung aller Staatsbediensteten im Vergleich zu der Einkommensentwicklung im gewerblichen Sektor auch beträchtlich nachhinkt, so müssen doch stets wenigstens bis zu einem gewissen Grade ihre Einkommen angepaßt werden, wenn sich die öffentlichen Hände im weitesten Sinne des Wortes auf die Dauer nicht selbst „entmannen“, nicht selbst ihrer wertvollsten Diener berauben wollen. Und schließlich ist auch noch auf das ungelöste, aber dann fortfallende Problem der gesetzlichen Rentenversicherung hinzuweisen, bei der die „dynamisierten Renten“ immer höhere Staatszuschüsse erfordern.